

Positionspapier der Öbu zur Kernenergie in der Schweiz 2011

Die **Öbu unterstützt den Entscheid des Bundesrates** vom 25. Mai 2011 für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Regierung hat sich für eine **Strategie hin zur Nachhaltigkeit** entschieden und setzt damit ein **klares Signal** für Investitionen in Effizienz-Technologien und erneuerbare Energien. So erwirbt sich unsere Wirtschaft Vorteile durch neue Technologien und Verfahren, welche auch international nachgefragt werden.

Die **Unternehmen brauchen eine verlässliche Politik**. Ein ausgewogener Mix an Instrumenten ermöglicht, dass sie sich entfalten und ihre Qualitäten ausspielen können. Die neue Energiepolitik kann und soll **wirtschaftsverträglich ausgestaltet** sein. Im vorliegenden Positionspapier werden die aus Sicht der Öbu wichtigsten Argumente für den Ausstieg zusammengefasst und ein Vorschlag für eine Lenkungsabgabe auf Kernenergie präsentiert.

Argumente für den Ausstieg aus der Kernenergie aus Sicht der Nachhaltigkeit

Gesellschaftliche und ökologische Perspektive

- Trotz kleiner Eintretens-Wahrscheinlichkeiten sind die **Konsequenzen eines Unfalls** nicht tragbar. In der dicht besiedelten Schweiz würde in allen Windrichtungen rund um die Kernkraftwerke eine bedeutende Zahl von Menschen betroffen sein. Es braucht dazu keinen „grössten anzunehmenden Unfall“. Auch kleinere Ereignisse mit höherer Eintretens-Wahrscheinlichkeit können Radioaktivität freisetzen und Schäden an Mensch und Umwelt anrichten.
- Beim **Uranabbau** und der **Wiederaufbereitung** entstehen grosse Verschmutzungen der Umwelt, welche für lange Zeit gesundheitsschädigende Wirkung auf die Menschen haben.
- Die **Endlagerung** ist ungelöst. Mit den radioaktiven Abfällen vererben wir – selbst wenn wir dereinst die Lagerung organisiert haben – vielen Generationen nach uns eine Verantwortung für Stoffe, von denen sie selber nicht profitieren konnten.

Ökonomische Perspektive

- Die Kernkraft wird massiv **vom Staat unterstützt**. Die Versicherungspflicht ist um Grössenordnungen zu tief. Der Staat, d.h. die Allgemeinheit, übernimmt die Risikoprämie. Die Entsorgungskosten sind ebenfalls nicht sicher gedeckt. Diese versteckten Subventionen bewirken eine Marktverzerrung und sind volkswirtschaftlich schädlich.
- Die **Baukosten** für neue Kernkraftwerke sind schon heute massiv höher als ursprünglich veranschlagt. Die zusätzlichen Sicherheits-Massnahmen nach Fukushima und wegen anderer technologischer Neuerungen (z.B. viel schwerere Flugzeuge, die abstürzen können) werden die Kosten weiter in die Höhe treiben.
- Die Investitionen für ein Kernkraftwerk **binden viel Kapital** für viele Jahrzehnte. Der Strompreis muss bei der Planung definiert werden und ist im Wesentlichen für die Laufzeit fixiert (ausser den Kosten für Kernbrennstoff). Die erneuerbaren Energien werden unterdessen günstiger. Es ist zu erwarten, dass der Atomstrom für einen Teil der Laufzeit neuer Werke gar nicht wettbewerbsfähig sein wird.

Ausweitung der bestehenden CO₂-Abgabe durch eine Lenkungsabgabe auf Kernenergie

Längerfristiges Ziel ist die Überführung der bestehenden punktuellen Lenkungsabgaben wie der CO₂-Abgabe in eine möglichst **breite ökologische Finanzreform**.

Als **nächste Schritte** in diese Richtung unterstützt die Öbu insbesondere eine Lenkungsabgabe auf Kernenergie. Angesichts des drohenden Klimawandels sind flankierende Massnahmen zu treffen, um die Substitution der Kernenergie durch fossile Brennstoffe zu kontrollieren. Weitere Massnahmen sind mindestens vorübergehend in einen zielführenden Massnahmen-Mix einzubinden.

- **Lenkungsabgabe auf Kernenergie – Internalisierung der Risikokosten und gleich lange Spiesse wie die fossilen Brennstoffe: Jährliche Verteuerung der Kernenergie um einen Rappen pro kWh.**

Damit sollen einerseits die nicht internalisierten externen Kosten wie die weitgehend fehlende Versicherung teilweise abgebildet werden. Würden pro Werk **100 Milliarden Franken als Risikoprämie** eingesetzt, bewirkte dies eine Verteuerung von ca. 30 Rappen pro kWhⁱ. Mindestens so hoch sind heute die ungedeckten externen Kosten der Kernenergie.

Andererseits soll die Kernenergie **gleich behandelt werden wie die fossilen Brennstoffe**: Eine Abgabe von 1,6 Rappen pro kWh entspricht dem heutigen Abgabesatz auf fossilen Brennstoffen von 36 Franken pro Tonne (im Vergleich zur Elektrizitätsgewinnung in Gaskombikraftwerken). Ein maximaler Abgabesatz gemäss Entwurf zum CO₂-Gesetz von 120 Franken pro Tonne entspräche 5,4 Rappen pro kWh Atomstrom.

Bei der Internalisierung der externen Kosten beträgt das Aufkommen ca. 7,5 Milliarden Franken. Bei der Gleichbehandlung mit fossilen Brennstoffen zum heutigen Abgabesatz würden gut 0,4 Milliarden, beim maximalen Abgabesatz 1,4 Milliarden Franken generiert. Diese Erträge sollen an **Bevölkerung und Unternehmen rückerstattet** werden.

- Um ein Ausweichen auf fossile Energieträger zu verhindern und den CO₂-Emissions-Reduktionspfad weiter zu verfolgen, ist gleichzeitig im Rahmen des geltenden Gesetzes die **CO₂-Abgabe stufenweise und staatsquotenneutral weiter zu erhöhen** bis zum maximalen Abgabesatz von 120 Franken pro Tonne Brennstoff. Damit steigen die Anreize, Energie zu sparen, und andere Güter und Dienstleistungen werden – verglichen mit Energie – günstiger.
- **Weitere Massnahmen** wie z.B. eine angepasste kostendeckende Einspeisevergütung KEV oder andere unterstützende Instrumente sind für den Übergang sinnvoll. Sie sind zeitlich begrenzt, zum Beispiel durch über die Jahre auslaufende Unterstützungsbeiträge, auszugestalten.

Nutzen der Lenkungsabgabe auf Kernenergie

- Eine Lenkungsabgabe auf Kernenergie erlaubt die **Ausschöpfung von Energieeffizienz-Potenzialen**. Diese werden konservativ gerechnet auf 19 TWh pro Jahr bis 2035 geschätztⁱⁱ. Zum Vergleich: Das entspricht in etwa der gesamten Energieproduktion 2009 von Mühleberg, Beznau I/II plus Leibstadt. Heute unwirtschaftliche Massnahmen werden bei höheren Preisen rentabel. Durch langfristig vorhersehbare Preiserhöhungen entsteht zudem eine direkte Lenkungswirkung zu Effizienz und neuen Technologien.
- Die Gleichbehandlung der nicht nachhaltigen Energieformen Kernenergie und fossiler Energie verbessert die **Marktchancen der erneuerbaren Energieproduktion**. Bis 2035 besteht hier gemäss gleicher Studie ein Potenzial von 11 TWh. Zum Vergleich: Gösgen produzierte 2009 gut 8 TWh.
- Sie senkt auf volkswirtschaftlich sinnvoller Art die **ungedeknten Umweltkosten**, welche heute zu Lasten der Allgemeinheit gehen.

Für eine gesunde und starke Wirtschaft – heute und morgen

- Die **Innovationskraft** der Schweizer Wirtschaft ist stark. Wenn Innovation eine Richtung bekommt, z.B. durch höhere Energiepreise, werden zukunftsfähige Lösungen entwickelt. Diese können auch in **Entwicklungs- und Schwellenländern** eingesetzt werden und helfen, das dortige Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.
- Die Innovation wird gerichtet, indem die **externen Kosten in die Preise internalisiert** werden. Marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben sind für eine Internalisierung geeignet – konsequent umgesetzt, schrittweise eingeführt und darum für die Unternehmen in ihren Investitionsplanungen berechenbar. Als Nebenwirkung reduziert dies auch die Wirkung von nicht auszuschliessenden schockartigen Veränderungen durch zukünftige Entwicklungen an den Energiemärkten.
- Eine **dezentrale Energieproduktion** schafft im Inland Arbeitsplätze bei Bau und Unterhalt und mindert die Risiken der heutigen Auslandsabhängigkeit.
- Die Wirtschaft muss sich dafür einsetzen, dass der **Staat rechtzeitig und klar die Energiezukunft gestaltet**. Wird der Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung verzögert, suggeriert dies kurzfristig scheinbar "business as usual", aber vergrössert gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit von krisenhaften Veränderungen zu einem nicht voraussehbaren Zeitpunkt. Dies zu vermeiden ist angesichts der Chancen und Risiken unternehmerisch, gesamtwirtschaftlich, ökologisch und sozial sinnvoll. Die Einschätzung anderer Wirtschaftsverbändeⁱⁱⁱ, dass **Preisschocks sich negativ auf die Unternehmen auswirken**, teilen wir. Umso mehr betonen wir die positiven Wirkungen von langfristig planbaren, aber deutlichen Preiserhöhungen, wenn diese stufenweise eingeführt werden und staatsquotenneutral sind. Hintergrundinformationen dazu sind im Positionspapier der Öbu zu Energielenkungsabgaben zusammengestellt.^{iv} Dies nützt die Erfahrung aus, dass langfristig vorhersehbare Preiserhöhungen eine spürbare Wirkung auf die Stromnachfrage haben.^v

Fazit

- **Unternehmen brauchen einen gestaltenden Staat, der klare und ehrgeizige Ziele definiert.**
- **Der vom Bundesrat beschlossene stufenweise Übergang von Kernenergie hin zu neuen, nachhaltigeren Technologien und mehr Energieeffizienz erscheint der Öbu wichtig, sinnvoll und machbar.**
- **Dazu braucht es die starke Beteiligung von BürgerInnen und Unternehmen, welche die Ziele mittragen und umsetzen.**
- **Der Staat muss den Unternehmen Raum geben, sich zu entfalten und ihre Qualitäten auszuspielen.**
- **Das Mittel der Wahl ist eine breite ökologische Finanzreform.**
- **Eine Lenkungsabgabe auf Kernenergie und die Erhöhung der CO₂-Abgabe sind als vorgezogene Sofortmassnahmen sinnvoll.**

Bekanntnis zu nachhaltigem Wirtschaften

Öbu-Unternehmen wollen die **notwendigen Veränderungen als Chance nutzen**. Die Lösung der anstehenden Probleme kann gleichzeitig zur Entlastung der Umwelt, zur Senkung von Grossrisiken und zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führen.

Die **Öbu bekennt sich zum Prinzip einer Nachhaltigen Wirtschaft**. Ein sorgsamer Umgang mit wertvollen Ressourcen ist auf längere Sicht der einzig gangbare Weg. Die Auswirkungen unseres heutigen Wirtschaftens auf das Klima, die Verminderung der Bodenfruchtbarkeit, die Gewässerbelastung oder die Reduktion der Artenvielfalt gefährden unsere Lebensgrundlagen und damit auch die Basis für unsere Wirtschaft.

Die globale Umweltsituation erfordert ein breites Umsteuern auf internationaler Ebene. Die Schweiz kann aufgrund ihrer privilegierten Situation auf nationaler Ebene vorausgehen – und dabei gewinnen. Auf der einen Seite bietet sie ein **Vorbild für eine Strategie zur Nachhaltigkeit**, gleichzeitig erwirbt sie sich **Vorteile durch neue Technologien und Verfahren**, welche auch international nachgefragt werden.

Öbu – Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften

Öbu, das Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften in der Schweiz, ist Think-Tank für Umwelt-, Sozial- und Management-Themen. Sie realisiert unternehmensspezifische und wirtschaftspolitische Projekte und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den rund 400 Mitgliedunternehmen.

ⁱ „Atomstrom deckt seine Kosten nicht“, Lars Jaeger in NZZ am Sonntag 3.4.2011

ⁱⁱ Infrac, Stromeffizienz und erneuerbare Energien – wirtschaftliche Alternative zu Grosskraftwerken (2010), das S.A.F.E.-Factsheet Stromverbrauch 2035/2050 weist z.B. höhere Potenziale aus.

ⁱⁱⁱ http://www.economiesuisse.ch/de/themen/enu/stromversorgung/seiten/_detail.aspx?artID=article_strompreise_20110523

^{iv} Positionspapier der Öbu zu Energieabgaben, <http://www.oebu.ch/de/themen/klima-und-energie/klimapolitik-schweiz/positionspapier-der-oebu-zu-energieabgaben/>

^v KOF-ETH, Elastizitäten und Substitutionsmöglichkeiten der Elektrizitätsnachfrage (2011), im Auftrag von economiesuisse, <http://kof.ethz.ch/de/publikationen/p/kof-studien/2115/>